

Niederschrift

Stadtrat

Rat/IX/042

Donnerstag, 25.06.2020, 18:00 Uhr

Georg-Büchner-Gymnasium, Aula,

Am Holzbüttger Haus 1, 41564 Kaarst

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Thomas Schröder
- 2 Änderung und Erweiterung der Tagesordnung
- 3 Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 21 der Geschäftsordnung
- 4 Finanzen
 - 4.1 Finanzstatusbericht Juni 2020
Vorlage: IX/4116
 - 4.2 Entsperrung Poolstelle
Vorlage: IX/4138
 - 4.3 Stellenplan Nachtrag 2020
Vorlage: IX/4139
 - 4.4 Antrag der SPD vom 02.06.2020 Ausrüstung der Bäume mit Bewässerungssäcken
Vorlage: IX/4150
 - 4.5 Antrag der CDU Fraktion und SPD Fraktion vom 09.06.2020 über die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets für den digitalen Unterricht
Vorlage: IX/4145
 - 4.5.1 Antrag der CDU Fraktion und SPD Fraktion vom 09.06.2020 über die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets für den digitalen Unterricht
Vorlage: IX/4145/1

- 5 Bestätigung Dringlichkeitsentscheidungen
 - 5.1 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung- Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: IX/4080
 - 5.2 2. Änderungssatzung der Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirats - Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: IX/4142
 - 5.2.1 2. Änderungssatzung der Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirats - Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: IX/4142/1
- 6 Ortsrecht
 - 6.1 Elternbeitragssatzung für die Kinderbetreuung und der Sekundarstufe I
Vorlage: IX/3963
 - 6.2 Satzung Kinderbetreuung und Sekundarstufe I
Vorlage: IX/4032
 - 6.2.1 Satzung Kinderbetreuung und Sekundarstufe I
Vorlage: IX/4032/1
 - 6.3 Antrag der SPD-Fraktion auf Aussetzung der zum 01.08.2020 beschlossenen Elternbeitragserhöhung
Vorlage: IX/4154
- 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 106 „Hofanlage Hartmannsberg“ - Büttgen-
Satzungsbeschluss
Vorlage: IX/3924/1
- 8 Anschaffung einer mobilen Lautsprecheranlage
Vorlage: IX/4118
- 9 Beschaffung einer Kamera mit Zubehör für Videoproduktionen
Vorlage: IX/4120

- 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten
Vorlage: IX/3939
- 11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten
Vorlage: IX/3940
- 12 Ergänzendes Verfahren Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf – Einwendungen der Stadt Kaarst
Vorlage: IX/4136
- 12.1 Ergänzendes Verfahren Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf – Einwendungen der Stadt Kaarst
Vorlage: IX/4136/1
- 13 Ausschluss Zusammenarbeit AfD - Aufruf der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 02.03.2020
Vorlage: IX/3904/3
- 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen
Vorlage: IX/4088
- 15 Neu-/Umbesetzungen
- 15.1 Neubesetzung - Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2020
Vorlage: IX/4107
- 15.2 Aufhebung der Bestellung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen Ratsfraktion AfD/Zentrum
Vorlage: IX/4137
- 15.3 Neubesetzung - Antrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2020
Vorlage: IX/4151
- 15.4 Neubesetzung - Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2020
Vorlage: IX/4159

15.5 Umbesetzung - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.06.2020
Vorlage: IX/4164

15.6 Neubesetzung- Antrag der FWG-Fraktion vom 14.06.2020
Vorlage: IX/4165

15.7 Neubesetzung-Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2020
Vorlage: IX/4166

16 Unterrichtung / Anfragen des Stadtrates gem. § 19 der Geschäftsordnung

16.1 Sachstandsbericht zur 4. Pflegeeinrichtung Am Dreeskamp - Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2020
Vorlage: IX/4143

16.2 Grundwasserverunreinigung in Kaarst-Holzbüttgen – Zusammenfassung der Mitteilungsvorlage des Rhein-Kreis Neuss vom 15.05.2020
Vorlage: IX/4152

16.3 Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kaarst vom 14.06.2020 zu Baumfällungen im Bendbusch in Kaarst
Vorlage: IX/4162

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Dr. Ulrike Nienhaus

CDU-Fraktion

Herr Lars Christoph
Herr Marcel Finger
Frau Dilek Haupt
Herr Christian Horn-Heinemann
Herr Mathias John
Herr Heinrich Kampermann
Herr Bodo Korzeniewsky
Herr Ingo Kotzian
Herr Sven Ladeck
Herr Rainer Milde
Herr Ulrich Orłinski
Herr Dennis Oscheja
Herr Hans-Georg Schell
Herr Volker Schöneberg
Herr Daniel Schröder
Herr Thomas Schröder
Herr Marcel Schulze Bomke - Vosschulte
Herr Stefan Schwengers
Herr Hermann-Josef Sülzenfuß
Herr Theodor Thißen
Frau Dagmar Treger
Frau Angelika Zelleröhr

SPD-Fraktion

Frau Monika Hartings
Frau Sabine Kühl
Frau Hildegard Kuhlmeier
Herr Alfred Lempke
Frau Anneli Palmen
Herr Wolfgang Reuter
Frau Anja Weingran
Herr Göran Weißendorf

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Hans-Joachim Köbis
Frau Claudia Köppe
Frau Anja Latrouite 18.05 Uhr - 21.10 Uhr
Frau Marianne Michael-Fränzel

FDP-Fraktion

Frau Ursula Baum 18.13 Uhr - 21.10 Uhr
Herr Günter Kopp
Herr Dr. Heinrich Thywissen
Frau Astrid Werle

UWG-Fraktion

Frau Anja Rüdiger
Herr Rolf-Peter Weyers

FWG-Fraktion

Herr Josef Karis
Herr Hermann Josef Rütten

Linksfraktion

Frau Sandra Pauen

AfD

Herr Christof Rausch

Zentrum

Herr Christian Otte

fraktionslos

Herr Kocay Ekici
Herr Wilbert Schröder

Verwaltung

Herr EBG Dr. Sebastian Semmler
Frau TBG Sigrid Burkhart
Herr Kämmerer Stefan Meuser
Herr Jens Bender
Herr Peter Böttner
Frau Tamara Schroeder
Frau Alicia Schwoerer
Frau Simone Swarat
Frau Vera Nießen

Nicht anwesend:

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Christian Gaumitz
Herr Pascal Latrouite

Linksfraktion

Herr Eckart Rosemann

Ferner anwesend sind:

Einwohnerinnen und Einwohner
Pressevertreter

Niederschrift

BMin Frau Dr. Ulrike Nienhaus eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

I. Öffentlicher Teil

1 Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Thomas Schröder

BMin Frau Dr. Nienhaus begrüßt das neue Ratsmitglied Herrn Thomas Schröder, der die Nachfolge von Frau Nadine Graber antritt, und bittet ihn nach vorne. Sie lässt ihn die Verpflichtungsformel nachsprechen.

2 Änderung und Erweiterung der Tagesordnung

BMin Frau Dr. Nienhaus gibt vor dem Einstieg in die Tagesordnung eine Stellungnahme der Verwaltung zu den Äußerungen ab, die zum Neubau der Gesamtschule Kaarst-Bütten in der Neuss-Grevenbroicher-Zeitung zu lesen waren:

Stellungnahme der BMin Frau Dr. Nienhaus:

Die Art und Weise dieser Kritik war unangemessen. Die Planungen der Gesamtschule sind mit einer intensiven Öffentlichkeitsbeteiligung einhergegangen. Außerdem weise ich den Vorwurf, die Schule habe ein Drogenproblem, entschieden zurück. Ich bin für die deutliche Positionierung der CDU-Fraktion zum Standort der Gesamtschule dankbar und ebenso dafür, dass sie sich von den Aussagen ihrer Ratskandidatin distanziert hat.

Die Gesamtschule ist eine über die Grenzen der Stadt anerkannte und gute Schule. Zudem sind die Anwohner intensiv, auch durch persönliche Gespräche, bei den Neuplanungen eingebunden worden, ihre Interessen seien in bereits getroffene Entscheidungen eingeflossen. Ich werde nicht zulassen, dass Einzelinteressen den Ruf einer Schule und das Ansehen der dortigen Schüler diskreditieren.

Nach der Stellungnahme weist sie auf die erfolgten Änderungen der Tagesordnung hin. Der Tagesordnungspunkt 17.4 (Vergabeangelegenheit) wird von der Verwaltung zurückgezogen.

RM Kopp bittet darum, den Tagesordnungspunkt 13 von der Tagesordnung zu nehmen. Er verliest eine Stellungnahme, die er anschließend zu Protokoll gibt (**Anlage 1**).

RM Christoph geht davon aus, dass die Verwaltung den Antrag rechtlich geprüft hat.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass die Verwaltung keine Veranlassung sieht, diesen Tagesordnungspunkt zu streichen. Sie wird an der nun folgenden Abstimmung entsprechend § 48 Abs.1 GO NRW nicht teilnehmen.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

Abstimmung Antrag von RM Kopp zur Streichung Tagesordnungspunkt 13:

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich abgelehnt
	Stimmen dafür:	5
	Stimmen dagegen:	38
	Stimmenthaltungen:	0

RM Köppe zieht den Antrag zum Tagesordnungspunkt 14 zurück und bittet darum, diesen von der Tagesordnung zu nehmen. Der Antrag wurde ausführlich im Sozialausschuss diskutiert. Es besteht daher kein weiterer Diskussionsbedarf.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Beschluss:

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig beschlossen
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

3 Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 21 der Geschäftsordnung

Frau Kalke spricht den Tagesordnungspunkt 6 an. Sie ist von der Beitragserhöhung zum 01.08.2020 betroffen und damit nicht einverstanden, denn in Vorst findet noch kein Regelbetrieb statt.

BMin Frau Dr. Nienhaus dankt Frau Kalke für die Ausführungen und lädt Sie ein, der späteren Diskussion beizuwohnen oder die Entscheidung dem späteren Protokoll zu entnehmen.

4 Finanzen

4.1 Finanzstatusbericht Juni 2020

Kämmerer Meuser unterrichtet die Ratsmitglieder über den aktuellen finanziellen Stand und das mögliche Ergebnis im Jahresabschluss. Die Notwendigkeit eine Haushaltssperre zu erlassen, besteht derzeit nicht.

RM Karis fragt nach, welche Auswirkungen die Mehrwertsteuerabsenkung hat.

Kämmerer Meuser gibt die Auskunft, dass der Bund die Ausfälle ersetzt, so dass es keine finanziellen Auswirkungen für die Stadt Kaarst gibt.

RM Christoph weist auf die Herausforderungen für die Stadt Kaarst hin, die in 2021 noch steigen werden und führt dazu aus.

RM Dr. Thywissen fragt nach, ob die Erhöhungen der Kita-Beiträge zum 01.08.2020 schon eingeplant wurden und welche Mehreinnahmen dadurch entstehen.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

Kämmerer Meuser teilt mit, dass diese bei der Erstellung des Haushaltsplanes bereits aufgenommen wurden. Die genauen Zahlen werden zum Protokoll genommen.

Hinweis der Verwaltung:

Im Haushalt 2020 wurde die Erhöhung der Kita-Beiträge (August-Dezember) mit 11.415 € eingeplant. Die Kindertagespflege wurde nicht angepasst, da die Elternbeiträge bereits linear waren und es daher keine Mehreinnahmen durch eine Beitragsanpassung gibt.

Die Erhöhungsbeiträge zur OGS (August-Dezember) wurden mit 22.585,00 € kalkuliert.

4.2 Entsperrung Poolstelle

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass dieses Thema bereits im AK Stellenplan diskutiert wurde.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Poolstelle m.D. mit der Stellennummer 206271 wird entsperrt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

4.3 Stellenplan Nachtrag 2020

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass dieses Thema bereits im AK Stellenplan diskutiert wurde und verweist auf eine gesetzliche Änderung, wodurch eine Erhöhung der Stellen erforderlich wird.

Außerdem wurde eine zusätzliche Verwaltungsstelle geschaffen, um eine rechtzeitige Nachbesetzung im Bereich 32 zur Durchführung der Wahlen zu ermöglichen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügte Nachtragsstellenplan wird beschlossen.

Dem Stellenplan 2020 werden 9 Stellen für Erzieher/innen sowie eine Verwaltungsstelle hinzugefügt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

4.5.1 Antrag der CDU Fraktion und SPD Fraktion vom 09.06.2020 über die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets für den digitalen Unterricht

RM Christoph führt zum Antrag seiner Fraktion aus und dankt der Verwaltung für den vorgelegten Beschlussvorschlag. Diesen wird er mittragen.

RM Kuhlmeier ergänzt, dass eventuell das Land NRW auch Mittel zur Verfügung stellen wird.

RM Köppe wird den Antrag ebenfalls unterstützen. Die Verwaltung hat teilweise schon gehandelt. Sie fragt nach, ob es auch Hilfestellungen bei der Handhabung geben wird.

EBG Dr. Semmler gibt ergänzende Hinweise. Bei der Ausstattung der Lehrkräfte mit Hardware sieht er das Land NRW in der Pflicht. Anders verhält es sich bei den Schülerinnen und Schülern. Im Dezember 2020 wird die Freischaltung der Glasfaseranschlüsse erfolgen. Bei der bereits erfolgten Ausgabe der iPads wurden einfache Bedienungsanleitungen beigefügt.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass eine Vorstellung des Konzeptes für die nächste HWFA-Sitzung vorgesehen ist.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem HWFA zu seiner Sitzung am 30.07.2020 die zur Umsetzung der nachstehenden Ziffern 1. – 3. notwendigen Beschlussvorlagen zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie allen Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen in der Stadt Kaarst leihweise Tablets für den digitalen Unterricht zur Verfügung gestellt werden können. Das Konzept soll darüber hinaus auch die erforderliche digitale Ausstattung der Lehrkräfte mit betrachten.
2. Es soll geprüft werden, ob für die Bereitstellung der Geräte Beiträge erhoben werden sollen, deren Höhe sich dann ggf. an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern orientieren kann.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem HWFA einen mit dem zu erstellenden Konzept (Ziffer 1.) abgestimmten Finanzierungsvorschlag vorzulegen, der auch die Möglichkeit einer (teilweisen) Refinanzierung (Ziffer 2.) beinhaltet.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss: einstimmig beschlossen

Stimmen dafür:

Stimmen dagegen:

Stimmenthaltungen:

5 Bestätigung Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung- Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

6.2.1 Satzung Kinderbetreuung und Sekundarstufe I

RM Kopp fragt nach der Ursache für die unterschiedlichen Gebührensätze bei den Grundschulen.

EBG Dr. Semmler teilt mit, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass es unterschiedliche Träger gibt, die wiederum unterschiedliche Programme haben und auch einen unterschiedlichen Abbuchungsturnus (11 Monate oder 12 Monate).

RM Pauen fragt nach, ob es sich hier um die Erhöhung der Beiträge handelt und es bei den bisherigen Beträgen bleiben kann.

EBG Dr. Semmler weist darauf hin, dass es sich hier um die Beträge handelt, die von den Trägern auf Basis der angebotenen Leistungen/Programme ermittelt wurden und entsprechend erhoben werden sollen. Bei einer Kürzung hätte dies auch Auswirkungen auf die Angebote.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die als **Anlage 1** beigefügte Satzung über die Teilnahme und Erhebung von Beiträgen im Rahmen der Kinderbetreuung im Primarbereich der Grundschulen sowie der Übermittagsbetreuung im Sek. I - Bereich der Stadt Kaarst wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	42
	Stimmen dagegen:	1
	Stimmenthaltungen:	1

6.3 Antrag der SPD-Fraktion auf Aussetzung der zum 01.08.2020 beschlossenen Elternbeitragserhöhung

RM Kuhlmeier begründet den Antrag. Ihre Fraktion ist der Ansicht, dass die Erhöhung bis Ende 2020 verschoben werden sollte.

RM Dr. Thywissen ist der Meinung, dass die Erhöhung nur bei Aufnahme des Regelbetriebes zum 01.08.2020 gerechtfertigt ist. Ansonsten wird die FDP-Fraktion nicht zustimmen.

EBG Dr. Semmler teilt mit, dass in Vorst derzeit wegen fehlender Lehrkräfte kein Regelbetrieb stattfinden kann. Von April bis Juli wurden bzw. werden keine Beiträge erhoben, jedoch wurden in den beitragsfreien Monaten die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt weitergezahlt, zudem mussten keine Betreuungskräfte entlassen werden. Es handelt sich um eine moderate Erhöhung. Dort wo der Unterricht und die OGS nicht stattfinden kann, wird es eine Sonderregelung geben müssen. Es kann jedoch derzeit nicht abgesehen werden, wie es nach den Sommerferien aussehen wird. Sollte eine Zahlung der Elternbeiträge finanziell nicht möglich sein, kann eine Herabsetzung bei Bereich 51 beantragt werden.

RM Christoph kann die Familien verstehen, denn es war ein unglücklicher Zeitpunkt für eine Erhöhung, jedoch wurde diese seinerzeit durch den Stadtrat beschlossen. Außerdem wurde sachgerecht auf die Zahlung der Beiträge verzichtet. Die Beitragserhöhung setzt jedoch auch einen Regelbetrieb voraus. Die Bescheide sind versandt und es wäre mit einem großen Verwaltungsaufwand verbunden, die

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

Bescheide abzuändern. Es sollte an dem Beschluss festgehalten werden. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen.

RM Köppe weist darauf hin, dass Ihre Fraktion sich eine Beitragsfreiheit wünschen würde. Die Vorgehensweise hält sie jedoch für gerechtfertigt, denn es handelt sich um eine moderate Erhöhung. Ihre Fraktion wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

RM Dr. Thywissen findet eine Beitragserhöhung nicht richtig, so lange kein Regelbetrieb stattfindet und fragt nach, warum darauf nicht verzichtet werden kann.

EBG Dr. Semmler kann keine Aussage darüber treffen, wann es wieder einen Regelbetrieb geben wird. Er weist darauf hin, dass die OGS jeweils nur eine Ferienhälfte geöffnet ist.

RM Pauen ist ebenfalls der Meinung, dass die Erhöhung bis Ende 2020 ausgesetzt werden sollte.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist nochmals darauf hin, dass die Erhöhung durch den Stadtrat beschlossen wurde.

RM Palmen geht auf die Einschränkungen des Regelbetriebes ein. Es sind unsichere Zeiten, daher kann sie den Automatismus für den Versand der Bescheide nicht nachvollziehen. Eine Aussetzung bis Ende 2020 wäre ein Signal an die Eltern.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass der „automatische“ Versand zu diesem Zeitpunkt unglücklich war. Sie bittet jedoch auch zu bedenken, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches 51 in dieser Zeit enormes geleistet haben und dies sollte respektiert werden. Außerdem würde die Rücknahme eine Bescheidenanpassung erfordern, die mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden ist.

RM Christoph ist der Meinung, dass reagiert werden muss, wenn die Betreuung nach den Ferien nicht funktioniert. Es sollte aber kein Beschluss über eine Aussetzung erfolgen, denn dann müssten alle Bescheide jetzt geändert und neu versandt werden und im Dezember nochmals.

RM Finger gibt ergänzende Erläuterungen. Er kann den Antrag nicht nachvollziehen.

RM Rüdiger weist auf den Beschluss zur Beitragserhöhung hin, jedoch sollte es einen Beitragserlass geben, wenn kein Regelbetrieb erfolgt. Die UWG-Fraktion wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

RM Karis hat dem Beschluss zur Beitragserhöhung nicht zugestimmt, denn die FWG-Fraktion war für einen Beitragserlass.

RM Baum weist auf die Diskussion im JHA hin. Eine Beitragsfreiheit ist für die Stadt Kaarst derzeit nicht machbar, obwohl dies wünschenswert wäre.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass in den vergangenen Monaten immer entsprechend auf die aktuelle Lage reagiert wurde.

RM Palmen hält den Antrag der SPD-Fraktion für weitergehend.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt jedoch über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Antrag wird abgelehnt

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

Abstimmungsergebnis: Beschluss: mehrheitlich beschlossen
Stimmen dafür: 29
Stimmen dagegen: 15
Stimmenthaltungen: 1

7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 106 „Hofanlage Hartmannsberg“ -Büttgen- Satzungsbeschluss

BMin Frau Dr. Nienhaus teilt mit, dass der PVA am 24.06.2020 dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Gemäß § 10 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11.04.2019 (GV.NRW. S. 202) wird der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 106 „Hofanlage Hartmannsberg“ -Büttgen- als Satzung beschlossen.

Die Entwurfsbegründung wird als Entscheidungsbegründung nach § 9 BauGB übernommen.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig beschlossen
Stimmen dafür:
Stimmen dagegen:
Stimmenthaltungen:

8 Anschaffung einer mobilen Lautsprecheranlage

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass die Bereitstellung der Haushaltsmittel im Kulturausschuss am 23.06.2020 einstimmig beschlossen wurde.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 1.200,00 Euro im Haushalt 2021 für die Anschaffung einer mobilen Lautsprecheranlage, die vorrangig in der Städtischen Galerie Kaarst im Rathaus Büttgen stationiert werden soll. Die Anschaffung soll in das Investitionsprogramm für den Haushalt 2021 aufgenommen werden.

Eine Anschaffung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2021.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: mehrheitlich beschlossen
Stimmen dafür: 47
Stimmen dagegen: 1
Stimmenthaltungen: 0

9 Beschaffung einer Kamera mit Zubehör für Videoproduktionen

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass die Bereitstellung der Haushaltsmittel im Kulturausschuss am 23.06.2020 einstimmig beschlossen wurde.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 3.000,00 Euro für den Haushalt 2021 für die Beschaffung einer Kamera und Zubehör für die Produktion von Promotion-Videos, u.a. von kulturellen Veranstaltungen in der Stadt. Die Beschaffung soll in das Investitionsprogramm für den Haushalt 2021 aufgenommen werden.

Eine Beschaffung der Kamera und dem Zubehör erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2021.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	47
	Stimmen dagegen:	1
	Stimmenthaltungen:	0

10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten

RM Michael-Fränzel begrüßt die Umsetzung.

EBG Dr. Semmler führt hierzu aus.

RM Palmen weist auf die Diskussion zu diesem Thema im Sozialausschuss hin. Es sollte einen Inklusionsbeauftragten geben.

RM Kühl ist der Meinung, dass die Einsetzung eines Behinderten- und Inklusionsbeauftragten in einer Person erfolgen kann.

BMin Frau Dr. Nienhaus sagt zu, dass diese Anregung in die Erarbeitung des Konzeptes einfließen kann.

RM Pauen begrüßt den Vorschlag.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass der Sozialausschuss am 18.06.2020 dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit 13 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt hat.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat:

1. Die Verwaltung wird mit der konzeptionellen Prüfung, die Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten in die Verwaltungsstrukturen einzubinden, beauftragt.
2. Das durch die Verwaltung erarbeitete Konzept wird nach erfolgter Vorberatung im Sozialausschuss dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig beschlossen
Stimmen dafür:
Stimmen dagegen:
Stimmenthaltungen:

11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat:

1. Die Beschlussfassung wird in die Beratungen über den Haushalt, insbesondere den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 verwiesen.
2. Die Verwaltung erstellt ein Konzept zur verwaltungsinternen Angliederung der Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten und erarbeitet ein Aufgabenprofil.
3. Der Vorschlag der Verwaltung wird dem Sozialausschuss rechtzeitig vor dem Eintritt in die Haushaltsberatungen vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig beschlossen
Stimmen dafür:
Stimmen dagegen:
Stimmenthaltungen:

12 Ergänzendes Verfahren Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf – Einwendungen der Stadt Kaarst

Vorlage wird durch Vorlage IX/4136/1 ersetzt.

12.1 Ergänzendes Verfahren Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf – Einwendungen der Stadt Kaarst

BMin Frau Dr. Nienhaus führt zu dem Thema aus. Sie bitte um Abstimmung, ob die Stellungnahme in der vorgelegten Form eingereicht werden soll.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat nimmt die anliegende Einwendungsschrift im Ergänzenden Verfahren Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig beschlossen
Stimmen dafür:
Stimmen dagegen:
Stimmenthaltungen:

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

13 Ausschluss Zusammenarbeit AfD - Aufruf der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 02.03.2020

RM Köppe führt zum Antrag ihrer Fraktion aus und geht auf die von RM Kopp zu Beginn der Sitzung verlesene Stellungnahme ein. Es ist nicht erforderlich, dass RM Kopp zustimmt, aber sie sieht es als wichtig an, eine Einstellung hierzu zu haben. Sie bittet darum, dem Antrag zuzustimmen.

RM Kopp weist darauf hin, dass der Standpunkt der FDP-Fraktion bereits dargelegt wurde. Es sollte eine Resolution abgegeben werden. Die FDP-Fraktion wird an der Abstimmung nicht teilnehmen. Er fragt nach, ob die FDP-Fraktion hierzu den Raum verlassen muss.

BMin Frau Dr. Nienhaus teilt mit, dass dies nicht notwendig ist. Die Ratsmitglieder, die nicht an der Abstimmung teilnehmen, sollen sich zurücksetzen

RM Kuhlmeier weist darauf hin, dass es für die SPD-Fraktion keiner Aufforderung bedarf, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten. Dem Antrag wird zugestimmt.

RM Christoph lehnt ebenfalls eine Zusammenarbeit mit der AfD ab und daher wird die CDU-Fraktion zustimmen.

RM Schulze Bomke-Vossschulte zeigt Unverständnis gegenüber der FDP-Fraktion, dass diese sich dem Wortlaut des Antrags nicht anschließen werden.

RM Kopp geht auf die Ausführungen von RM Schulze Bomke-Vossschulte ein und ist der Meinung, dass seine Stellungnahme verständlich gewesen ist. Die FDP-Fraktion ist gegen die AfD. Sie wird jedoch klären, ob ein solcher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verpflichtung der Ratsmitglieder rechters ist.

RM Weißendorf geht auf Äußerungen von RM Kopp in Bezug auf die Prüfung des Antrags ein.

RM Kotzian stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung zur Schließung der Rednerliste.

BMin Frau Dr. Nienhaus verliest die bestehende Rednerliste.

Es erfolgt keine Gegenrede.

RM Baum weist darauf hin, dass sie sich mehrmals gegen die AfD gestellt hat. Der Landesverband der FDP hat jedoch herausgefunden, dass ein solcher Antrag nicht rechters ist. Sie würde zustimmen, wenn dieser rechters ist und nicht später beanstandet wird.

RM Schulze Bomke-Vossschulte geht auf Ausführungen von RM Frau Baum ein. Er liest den gestellten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowohl als Jurist als auch als Ratsmitglied.

RM Rausch geht auf die Aussagen der Vorredner ein. Die AfD ist keine undemokratische Partei.

RM Otte sieht sich bei der Abstimmung als befangen an und wird daher nicht mitstimmen. Er ist der Meinung, dass RM Kopp Unrecht getan wird. Er sieht eine Abstimmung ebenfalls als bedenklich an und bezieht sich auf § 41 GO. Auf die Kaarster AfD können die Aussagen, die über die Bundespartei getätigt werden, nicht übertragen werden. Er wird, wie die FDP-Fraktion, nicht mitstimmen.

RM Rüdiger teilt mit, dass die UWG-Fraktion zustimmen wird.

BMin Frau Dr. Nienhaus erklärt:

Als Bürgermeisterin bin ich kraft Gesetzes (GO NRW § 40 Abs. 2) Mitglied des Rates. Dabei bin ich in meiner Aufgabenwahrnehmung zur Neutralität und zur Zusammenarbeit mit den im Rat vertretenen Fraktionen und Einzelratsmitgliedern verpflichtet. Dieser Aufgabe und Verpflichtung komme ich nach. Ich werde an der nun folgenden Abstimmung teilnehmen und damit meine persönliche Haltung gegenüber den Zielen der AfD ausdrücken.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Einzelratsmitglieder erklären, dass sie eine Zusammenarbeit bzw. Kooperation mit Vertretern der AfD in jeder Art und Weise ablehnen und ausschließen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	44
	Stimmen dagegen:	1
	Stimmenthaltungen:	0

14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen

Der Antrag wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

15 Neu-/Umbesetzungen

BMin Frau Dr. Nienhaus fragt nach, ob es möglich ist, über die Tagesordnungspunkte 15.1 – 15.7 zusammen abzustimmen.

Es erfolgt keine Gegenrede.

15.1 Neubesetzung - Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2020

Antrag der FDP-Fraktion:

Dem Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig beschlossen
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

RM Palmen fragt nach, was mit den landwirtschaftlichen Betrieben geschieht.

Kämmerer Meuser teilt mit, dass mit mehreren Dienstleistern Gespräche geführt wurden. Bisher ist ein Ausbau nur an der Broicherseite erfolgt, aber es werden weitere Gespräche folgen.

BMin Dr. Nienhaus dankt in diesem Zusammenhang auch Frau Bischet, die sich intensiv um den Ausbau kümmert.

2. TBG Frau Burkhart führt zur Schließung der Kita Buntakuntla aus. Nach dem derzeitigen Zeitplan wird eine Wiederinbetriebnahme erst in der 44. KW möglich sein. Mit Bereich 51 wurde abgesprochen, dass die Kinder weiterhin in der Kita Bussardstraße untergebracht werden können.

3. RM Weingran fragt nach dem Stand zur Beschaffung der Raummodule für die Feuerwehr.

TBG Frau Burkhart teilt mit, dass die Ausschreibung derzeit läuft und erst danach belastbare Termine benannt werden können.

4. RM Karis bittet um Prüfung, ob es sich tatsächlich so verhält, dass nach der Hundesteuersatzung für Hofhunde weniger Steuern gezahlt werden müssen als für Jagdhunde.

5. RM Karis ist der Meinung, dass es notwendig ist, die Feuerwehr für die Löschung von Elektro-Fahrzeugen nachzurüsten, denn Elektro-Fahrzeuge können nicht auf herkömmlichem Weg gelöscht werden. Er bezieht sich auf den heutigen Bericht in der NGZ. Es werden für das Löschen gefährliche Chemikalien genutzt, die die Umwelt schädigen können.

BMin Frau Dr. Nienhaus nimmt diesen Hinweis auf.

6. RM Werle spricht die Radwegführung von Kaarst in Richtung Neuss und zurück an, über Gumpgesbrücke/Kastanienallee. Eine Umleitung ist nur in Richtung Neuss eingerichtet. Sie bittet um Prüfung.

Hinweis der Verwaltung:

Mit Mail vom 26.06.2020 teilt Frau Werle mit, dass die Ausschilderung von Kaarster- und Neusser-Seite nun in Ordnung ist.

7. RM Werle fragt nach, warum der Shuttle-Bus nach IKEA nicht mehr fährt.

TBG Frau Burkhart teilt mit, dass es während der gesamten Sommerferien wegen des Brückenbaus einen Schienenersatzverkehr geben wird.

8. RM Pauen fragt nach, ob es sinnvoll ist, dass Bürger auf einen Termin im Bürgerbüro 5 Wochen warten müssen.

EBG Dr. Semmler weist darauf hin, dass es durch die Schließung des Rathauses zu Wartezeiten kommt. Dies ist aufgrund der eingeplanten Zeitfenster für ein Gespräch nicht zu vermeiden. Derzeit wird versucht, den Ablauf zu optimieren.

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

Auch das Bürgerbüro in Büttgen wird demnächst einmal wöchentlich wieder öffnen.

9. RM Palmen fragt nach, ob es nicht möglich ist, die Telefone der Mitarbeiter, die sich im Homeoffice befinden, umzustellen, damit die eingehenden Anrufe nicht ins Leere laufen.

EBG Dr. Semmler weist darauf hin, dass dies Gegenstand der bestehenden Dienstanweisung ist.

16.1 Sachstandsbericht zur 4. Pflegeeinrichtung Am Dreeskamp - Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2020

Kämmerer Meuser gibt Hinweise zum Sachstand. Die Erläuterungen werden im nichtöffentlichen Teil zum Protokoll genommen (**Anlage 2**).

RM Kopp dankt Kämmerer Meuser für die Ausführungen.

RM Christoph stellt Rückfragen, die Kämmerer Meuser beantwortet.

16.2 Grundwasserverunreinigung in Kaarst-Holzbüttgen – Zusammenfassung der Mitteilungsvorlage des Rhein-Kreis Neuss vom 15.05.2020

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

16.3 Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kaarst vom 14.06.2020 zu Baumfällungen im Bendbusch in Kaarst

RM Frau Köppe regt an, dass die Bürgerinnen und Bürger vorher über die Fällungen informiert und entsprechende Schilder aufgestellt werden. Außerdem sollten die Fällungen kritisch geprüft werden.

BMin Frau Dr. Nienhaus schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.35 Uhr und eröffnet den nichtöffentlichen Teil.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Die Bürgermeisterin

Die Schriftführerin

Dr. Ulrike Nienhaus

Nießen